



Stammheim aktuell

■ Liebe Stammheimerinnen und Stammheimer.

Stammheim hat sich auch 2010 wieder verändert. Die Dauerbaustelle ist beendet und die Anlieger können aufatmen. Die Freihofstraße wirkt ansprechender und heller. Theoretisch könnte die U15 schon fahren. Der Weihnachtsmarkt konnte wieder am „alten Fleck“ auf dem Kirchplatz stattfinden.

An der GHS finden Renovierungsarbeiten statt, die immer noch nicht abgeschlossen sind. Leider wurde der Standort Stammheim als Werkrealschule nicht benannt, da die Hauptschule nicht



Judith Vowinkel und Ruth Weckenmann

mehr über eine kontinuierliche Zweizügigkeit verfügt. Viele Veranstaltungen, Sportevents und der Benefizlauf für mukoviszidosekranke Kinder wurden durchgeführt.

Mit meinem Mandat als Stadträtin unterstütze ich die Belange Stammheims im Stuttgarter Rathaus, damit Stammheim in Stuttgart weiterhin ganz oben bleibt und nicht bei der Vergabe von Mitteln vergessen, bzw. an den Rand gedrängt wird. In der alltäglichen Arbeit merke ich, wie wichtig der direkte Bezug zum Stadtteil ist, um dessen Interessen auch nachhaltig vertreten zu können.

Besonders froh bin ich, dass mit meinem und dem Engagement vieler Eltern der Container für weitere Ganztagsbetreuungsplätze in Neuwirtshaus in der Borkumstraße kurzfristig realisiert werden konnte, um den Engpass in der Kinderbetreuung zu minimieren und Kindern auch aus Stammheim einen Hortplatz zu ermöglichen.

Folgende Themen werden uns auch 2011 beschäftigen und unsere gesamte Aufmerksamkeit und rechtzeitigen Nachdruck erfordern:

Feuerwehrhaus / In den Hochwiesen

Die gesamte Planung hängt von dem Grundstückserwerb in den Hochwiesen ab. Erst dann können für den Bau des neuen Feuerwehrhauses Mittel im nächsten Haushalt eingestellt werden. Solange die Feuerwehr aus dem jetzigen Gemeindehausgebäude nicht ausziehen kann, ist auch da keine Veränderung möglich.

Umgestaltung des Freihofplatzes

In einer Zukunftswerkstatt im letzten Jahr haben Stammheimerinnen und Stammheimer über eine attraktive Mitte und Ortskern in Stammheim nachgedacht. Wenn die U15 kommt, wird dies die Endhaltestelle sein. Hier könnte sich der Freihofplatz zu einem gewerblichen Zentrum mausern, mit Geschäften, Cafe, einem schönem Platz zum Verweilen und vielleicht einem Ärztehaus. Ideen gab es viele. Doch diese Realisierung hängt wiederum auch von der Unterstützung der Anwohner ab und ob sich Ärzte finden, die eine solche Idee aktiv mit umsetzen.

Poppenweilerstr. (ehem. Wendeschleife)

Hier werden Wohnungen bebaut. Da diese verkehrs- und zentrumsnah liegen, könnten sie besonders für Menschen aus Stammheim-Süd, die weit weg von jeglicher Infrastruktur in den nicht gerade altersgerechten Einfamilienreihenhäusern wohnen, zu einer Wohnalternative werden. Gute Nachbarschaften können gemeinsam im Alter zusammenleben.

Die familienfreundlichen Reihenhäuser könnten wieder an Familien mit Kindern weitergegeben werden, an die eigenen Kinder und Enkel oder an andere. Vielleicht finden sich einige Interessierte zusammen!!

Schulentwicklung,

Kinderbetreuung und Jugendarbeit

Die demografische Entwicklung hinterlässt auch in Stammheim die ersten Spuren. Immer weniger Kinder gehen in die Hauptschule. Deshalb müssen wir in Zu-

kunft darum kämpfen bei der Schulentwicklungsplanung in Stuttgart besonders bedacht zu werden.

Eine Qualitätsverbesserung könnte auch ein Ganztagschulenangebot sein, damit Eltern ihre Kinder versorgt und gefördert untergebracht wissen.

Es fehlen weiterhin noch Plätze für Kinder unter 3 Jahren. Auf dem Platz in der Asperger Straße könnte ein Tagheim mit einem Familien- und Jugendtreff verbunden werden.

Auch die Forderung nach mobiler Jugendarbeit wird wieder an erster Stelle stehen.

Langenäcker-Wiesert

Die Wohnbebauung auf dem Gebiet Langenäcker-Wiesert lässt weiter auf sich warten und muss wegen des Erhalt des Artenschutzes nochmals neu untersucht werden. Wenn dieser gewährleistet werden kann, sind wir weiterhin für die Durchführung dieses Vorhabens. In Stammheim tragen besonders die Neubürger einen Großteil des bürgerschaftlichen Engagements des Stadtteils und sie haben sich gern integriert.

JVA-Zufahrt – auch hier bleiben wir dran!

Wenn sich Land und Stadt einigen können, ist die JVA-Zufahrt über die B 27a in absehbarer Zeit möglich.

Sie sehen, es gibt noch viele Baustellen. Wenn wir alle an einem Strang ziehen, schaffen wir auch diese Herausforderungen mit gemeinsamer Kraft.

■ Judith Vowinkel
Vorsitzende
OV-Stammheim



Ihre SPD in Stammheim

OV-Vorsitzende und Betreuungsstadträtin

■ Judith Vowinkel

Telefon: 07 11 - 83 49 86

E-mail: j.vowinkel@t-online.de

Fraktionssprecher im Bezirksbeirat

■ Eberhard Kries

Telefon: 07 11 - 82 22 64

E-mail: eberhard.kries@arcor.de

3 Fragen an Ruth Weckenmann

Frage: Frau Weckenmann, Sie arbeiten bei der Bundesagentur für Arbeit, sind Elternbeirätin und in der AWO aktiv. Warum kandidieren Sie für den Landtag?

Antwort: Politik darf nicht weiterhin über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht werden, sondern gemeinsam. Deshalb ist mir wichtig, im Wahlkreis zu wissen, was die Menschen bewegt und sie umtreibt. Aus meinem Beruf und der ehrenamtlichen Arbeit kenne ich die Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gerechten Bildungschancen, Verbesserung der Unterstützung bei Krankheit und Pflege

Frage: Wo drückt die Menschen in Ihrem Wahlkreis der Schuh am meisten?

Antwort: Bildung und Ausbildung. Eltern verbrauchen enorm viel Kraft für die Suche nach der richtigen Schule oder nach einer geeigneten Kinderbetreuung. KiTa-Plätze fehlen im gesamten Wahlkreis. Kinderbetreuung muss verlässlich und planbar sein. Besonders kritisch ist die Situation für Alleinerziehende, denen im schlimmsten Fall nur noch Hartz IV bleibt.



Ruth Weckenmann · SPD-Kandidatin im Wahlkreis Stuttgart III

Im Schulsystem haben wir eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Wenn Eltern Hausaufgabenbetreuung nicht leisten und Nachhilfe nicht finanzieren können, bleiben die Kinder auf der Strecke. Alle Kinder müssen unabhängig vom Einkommen der Eltern für einen erfolgreichen Schulabschluss unterstützt werden, denn dieser ist die Eintrittskarte für einen qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplatz.

Hier setzt auch das Projekt 'Soziale Stadt' an, z. B. in Giebel und Rot. Doch die Mittel für Bildung, Stärkung des Zusammenlebens und Sprachkursen, werden von der Bundesregierung gestrichen. Das geht gerade auch zu Lasten unseres Wahlkreises.

Frage: Bildungs- und Sozialpolitik sind Ihr Schwerpunkt. Spüren Sie auch in anderen Bereichen, was die Menschen im Stuttgarter Norden beschäftigt?

Antwort: Ein großes Thema ist die Verkehrsbelastung: An den Bundesstraßen 10/27 und der B 295 muss dringend der Lärmschutz verstärkt werden. Der Nord-Ost-Ring darf nicht gebaut werden. Er bringt nur mehr Verkehr. Zur Entlastung ist der weitere Ausbau der S-Bahn und der U-Bahn wichtig.

Beim Thema Sicherheit geht es um den persönlichen Kontakt. Der Kahlschlag bei den Revieren bringt keine einzige Streife mehr. Dabei ist doch die Präsenz von Polizisten, die ihren Bezirk kennen, vor Ort wichtig. Wir brauchen eine Polizei, die nicht nur kommt, wenn sie gerufen wird. Das dient der Prävention und erhöht das Sicherheitsgefühl.

Ruth Weckenmann · 51 Jahre · verheiratet · 1 Sohn · Beruf: Verwaltungswissenschaftlerin · www.ruthweckenmann.de

Die neue Zeit braucht neue Ziele. 10 Gründe für Ihre Wahlentscheidung am 27. März 2011.



Dejan Perc · Matthias Tröndle · Ruth Weckenmann · Martin Körner (v.l.n.r.)

1. Für gerechte Bildungschancen

Ohne Gebühren, vom Kindergarten bis zur Uni. Mit verlässlicher Sprachförderung im 1. KiTa-Jahr. Längeres gemeinsames Lernen und Schulsozialarbeit an allen Schulen.

2. Für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Verlässliche, planbare und bessere Betreuungsangebote. Mit genug Plätzen für Kleinkinder, Ganztageschulen mit gesundem Mittagessen und freier Wahl zwischen G8 und G9.

3. Für höhere Wertschätzung von Arbeit – auch finanziell

Anständige und leistungsgerechte Bezahlung sicherstellen durch Tariftreue. Eindämmung der Leiharbeit und Einführung von generellen Mindestlöhnen.

4. Für bezahlbaren Wohnraum

Junge Familien brauchen bezahlbare Wohnungen gerade in Stuttgart – wir stärken die Wohnraumförderung.

5. Für stabile kommunale Finanzen

Wir erhalten die Gewerbesteuer und lassen die Städte nicht im Regen stehen.

6. Für echte leistungsgerechte Besteuerung

Wir bekämpfen Steuerhinterziehung und nutzen die Steuer-CDs. Personal in der Steuerverwaltung wird nicht weiter abgebaut.

7. Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Energieversorgung

Wir steigen aus der Atomenergie aus und stellen die Weichen für umweltfreundlichen Strom.

8. Für eine bürgernahe Polizei

Wir stoppen den Personalabbau bei der Polizei. Eine Streife mehr pro Revier stärkt die Sicherheit - nicht härtere Gesetze.

9. Für eine echte Integration aller, die hier wohnen

Vielfalt ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Statt Vorurteilen und Ausländerfeindlichkeit braucht es gleiche Lebens- und Bildungschancen.

10. Für den Wechsel. Für ein soziales und modernes Stuttgart.

Lesen Sie mehr im Internet unter: www.warumspd.de

Zeitenwende in Baden-Württemberg

Beim Jahresempfang 2011 der SPD Stuttgart konnten Kreischef Andreas Reißig und die Fraktionsvorsitzende Dr. Roswitha Blind den SPD-Landesvorsitzenden Dr. Nils Schmid im Rathaus begrüßen. Der Spitzenkandidat sprach über eine Zeitenwende für Baden-Württemberg, bei der die SPD neue Wege gehen wolle.



Schulpolitisch gehe es darum, „allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an Bildung zu sichern“. Dazu seien mehr Ganztagschulen und Sozialarbeiter nötig. Wirtschaftlich will der SPD-Chef das Land zu einem „Musterländle für nachhaltige Mobilität“ machen und die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke zurücknehmen. Diese Verlängerung schade der heimischen Industrie, „weil unsere Tüftler daran nichts verdienen, sondern ihre längst entwickelten Windräder nicht mehr absetzen können“.

„Wir möchten die Leih- und Zeitarbeit stärker regulieren“, betonte Nils Schmid im voll besetzten großen Sitzungssaal. Auch der Auflösung von Tarifverträgen werde seine Partei nicht länger zusehen, denn „wir wollen nicht die begünstigten, die mit Dumpinglöhnen unterwegs sind“. Schmid sprach sich für ein Tarifreuegesetz aus, das „auch die redlichen Handwerker schützt“.

Nils Schmid warnte auch vor einem Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft: „Die soziale Idee ist aktueller denn je, weil auch die Gesellschaft von morgen den gemeinsamen Zusammenhalt braucht.“

Dr. Roswitha Blind Vorsitzende der SPD Gemeinderatsfraktion · Dr. Nils Schmid Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg · Andreas Reißig Vorsitzender der SPD Stuttgart

Stadtwerke Stuttgart

Eckpfeiler für Kommunale Daseinsvorsorge

Im Juni 2010 hat der Gemeinderat den wichtigen Beschluss gefasst, die Wasserversorgung in Stuttgart wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Er hat gleichzeitig beschlossen zu prüfen, ob es sinnvoll ist, neue Stadtwerke zu gründen. Möglich macht dies das Ende der Laufzeit der Konzessionsverträge Ende 2013. Sie räumen bisher der EnBW das Recht ein, in Stuttgart Leitungsnetze zu bauen und zu betreiben.

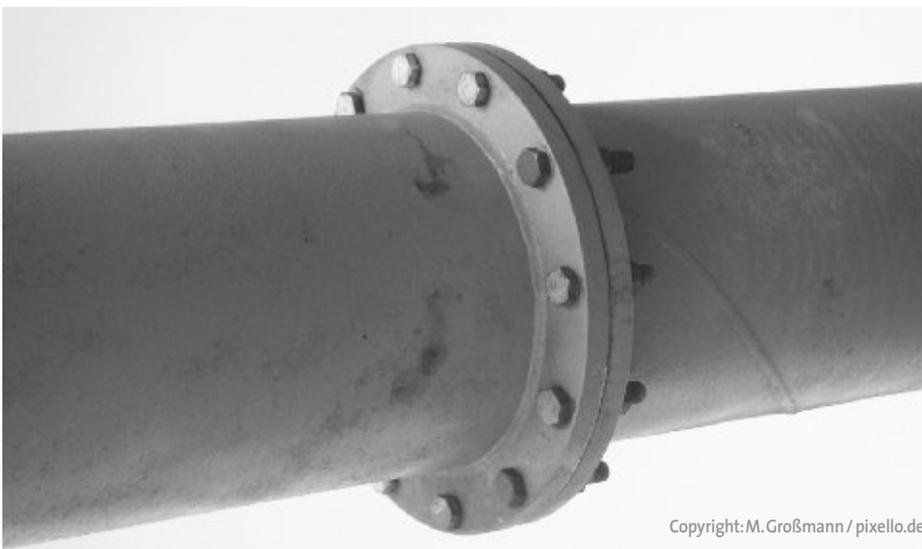
Der Rückerwerb der „Lebensadern“ der Stadt, zehn Jahre nach dem Verkauf der Neckarwerke Stuttgart (NWS), war auf

Initiative der SPD bereits im Kommunalwahlkampf ein zentrales Thema. Auch eine Bürgerinitiative hatte erfolgreich Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt. Angesichts von Liberalisierung und Globalisierung immer größerer Lebensbereiche müssen wir darauf achten, dass die elementaren Bedürfnisse der Menschen nicht ihrer demokratischen Einflussnahme entzogen werden. Dies gilt für die Wasserversorgung. Und dies gilt auch für eine dezentrale Energieversorgung auf regenerativer Basis. Die Bereitstellung umweltfreundlich erzeugter Energie wird in Zeiten des Klima-

wandels zunehmend auch zu einer Aufgabe der Städte und Gemeinden. Sie sind vor Ort. Ihnen trauen die Bürger noch am ehesten „über den Weg“.

Politisches Ziel der SPD in Stuttgart ist es, unsere Stadt und ihre Bürger schon in wenigen Jahren mit ausschließlich ökologisch erzeugter Energie zu versorgen. Weltklimakonferenzen dürfen nicht nur Papiere erzeugen. Entscheidend sind handfeste Ergebnisse. Stadtwerke können hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten. Inzwischen hat der vom Gemeinderat beauftragte Gutachter seine Empfehlungen präsentiert. Es zeigt sich, dass die Gründung von Stadtwerken für die Stadt auch ökonomisch sinnvoll ist.

Wie geht es weiter? In den nächsten Monaten werden die Details eines Geschäftsmodells geklärt. Dann muss der Gemeinderat endgültig entscheiden. Es folgen die notwendigen Verhandlungen. In diesem Zusammenhang darf man gespannt sein, wie das Land, das seit dem „Mappus-Deal“ einflussreichster Aktionär der EnBW ist, seine neue Rolle versteht. Wird es die Gemeinden unterstützen, oder ausschließlich der Atomenergie die Stange halten? Spätestens nach der Landtagswahl wird auch darüber Klarheit bestehen.



Copyright: M. Großmann / pixello.de

Zusammenbringen, was zusammen gehört: Die Wasserversorgung soll wieder in kommunale Hand.

Manfred Kanzleiter

Wohnungsbau nach Münchner Vorbild

Wohnen in Stuttgart ist teuer. Gute Wohnungen zu vernünftigen Preisen sind Mangelware. Auf den teuren Stuttgarter Grundstücken bauen Investoren luxuriöse Wohnungen, die sich die meisten Stuttgarter nicht leisten können. Jahr für Jahr gibt es weniger Sozialwohnungen, denn sie sind nur eine bestimmte Zeit lang Sozialwohnungen, anschließend können sie auf dem freien Markt vermietet oder verkauft werden. Alle Förderprogramme für bezahlbaren Wohnraum setzen Grundstückspreise voraus, die es in Stuttgart nicht gibt.

Da lohnt sich der Blick nach München. Wo auch immer in München neues Baurecht geschaffen wird, da muss der Investor 30% seines Grund und Bodens zu einem verbilligten Preis zur Verfügung stellen, und dort müssen Sozialwohnungen oder andere preisgünstige Wohnungen gebaut werden. Neues Baurecht führt fast immer zu hohen Bodenwertsteigerungen. So ist es fair, wenn ein Teil



Copyright: picture alliance
Unser Ziel: Preiswertes Wohnen durch das Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell.

dieses Gewinns abgeschöpft wird, zugunsten des Gemeinwohls. Nach jahrelangem, hartnäckigem Bohren ist es der SPD-Gemeinderatsfraktion nun gelungen, dass das Münchner Modell auf Stuttgart übertragen wird. Auch Stuttgarter Investoren werden in Zukunft einen Teil ihres Grundstücks verbil-

ligen und dort preiswerte Wohnungen schaffen – „Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell“ (SIM) nennt sich dies. So entstehen auch wieder sozial gemischte Wohngebiete, ein Markenzeichen der europäischen Stadt. Eine schleichende Aufspaltung in exklusive Stadtteile und solche, wo sich die Problemlagen ballen, kann sich eine Gesellschaft nicht leisten. Wie sollen Kinder aus stigmatisierenden Wohngebieten sich frei entfalten können? Wie sollen Migrantenkinder deutsch lernen, wenn es in ihrem Umfeld kaum deutsche Kinder gibt? Zu unserer Stadtgesellschaft gehören alle: Jung und Alt, Alteingesessene und Migranten, Gutsituierte und solche, die Mühe haben, ihr Leben zu bewältigen. Stuttgart soll eine Stadt bleiben, in der die unterschiedlichsten Menschen in guter Nachbarschaft zusammenleben. Das von uns initiierte „Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell“ wird dies kräftig unterstützen.

■ Dr. Roswitha Blind

Bessere Beteiligung: Bürgerhaushalt für Stuttgart

Mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist in aller Munde. Nicht allein, aber besonders an den Protesten gegen Stuttgart 21 ist deutlich geworden, dass die Bürgerschaft mehr unmittelbaren Einfluss auf wichtige demokratische Prozesse und Entscheidungen nehmen will, als dies bloß alle vier, fünf Jahre im Rahmen von Wahlen zu tun.

Ein bekanntes und bewährtes Instrument dazu – gerade in Großstädten – ist der so genannte Bürgerhaushalt. Das 1989 in Porto Alegre in Brasilien erstmals praktizierte Verfahren bei den kommunalen Haushaltsberatungen hat sich inzwischen weltweit verbreitet und wird in verschiedenen Ausprägungen auch in zahlreichen Städten in Deutschland angewandt. Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt, Essen und viele andere sind bereits auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung mittels eines Bürgerhaushalts. So hat zum Beispiel die Stadtratsfraktion der SPD in Frankfurt ein anspruchsvolles Konzept entwickelt – und in Köln liegen bereits mehrjährige Erfahrungen mit einem vor allem internetbasierten Verfahren vor.

Auch die SPD in Stuttgart möchte die Menschen stärker an den haushaltspolitischen Weichenstellungen beteiligen. Wir haben deshalb im Rathaus einen Antrag eingebracht, der schon für die kommenden Beratungen zum Doppel-



Copyright: Uwe Steinbrich / photo.de
Bürgerbeteiligung durch Bürgerhaushalt.

haushalt 2012/13 die Einführung eines Bürgerhaushalts unter repräsentativer Beteiligung aller sozialen Gruppen in der Landeshauptstadt vorsieht. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement durch Teilhabe fördern, Transparenz und Verständnis für politische Vorgänge unterstützen, die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt stärken, die öffentliche Auseinandersetzung über Prioritäten in der Stadtentwicklung befördern – und, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Wissen zu Partnern im Verwaltungshandeln werden.

Wir freuen uns, dass sowohl der noch amtierende Oberbürgermeister, als auch andere Fraktionen im Gemeinderat ihre grundsätzliche Unterstützung zugesagt haben. Aber schließlich haben sie sich ja auch gerade in letzter Zeit verbal für mehr Bürgerbeteiligung stark gemacht. Wir nehmen sie jetzt gerne beim Wort.

■ Andreas Reißig



Herausgeber (V.i.S.d.P.) SPD-Kreisverband Stuttgart · Werastr.10 · 70182 Stuttgart · Telefon: 0711-23719 91-0
Verantwortlich Seiten 3-4: Andreas Reißig · Kreisvorsitzender
Verantwortlich Seite 1-2: Judith Vowinkel · SPD Ortsvereinsvorsitzende Stammheim
Nieburweg 79 · 70439 Stuttgart · Telefon: 0711-8349 86